

Zweite Stromtrasse nach Belgien könnte 2023 stehen

Dürens Zeitung 6.5.17

Tihange: Versorgungssicherheit in Belgien entscheidend für möglichen Ausstieg aus der Atomenergie, sagt Karl Schultheis (SPD)

VON MADELEINE GULLERT

Aachen. Eine zweite Stromtrasse zwischen Deutschland und Belgien ist für den Netzentwicklungsplan angemeldet worden. Das geht aus einem Brief von Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries (SPD) hervor, der unserer Zeitung vorliegt. „Es obliegt nun vor allem der Bundesnetzagentur, im Rahmen der Netzentwicklungsplanung die energiewirtschaftliche Notwendigkeit des Projektes zu prüfen“, heißt es weiter.

„Alegro“ durch unsere Region

Die Absprache mit der Bundesnetzagentur verlaufe durchaus positiv, sagt Klaus Kleinekorte, technischer Geschäftsführer beim deutschen Netzbetreiber Amprion. „Und auch die Kollegen vom belgischen Netzbetreiber Elia forcieren das Projekt.“

Zurzeit gibt es keine direkte Stromverbindung zwischen Deutschland und Belgien. Die wird von den Regierungsparteien in NRW aber als elementarer Baustein gesehen, der das Abschalten des umstrittenen belgischen Atom-

meilers Tihange 2, der nur 60 Kilometer Luftlinie von Aachener Stadtgebiet entfernt liegt, vorantreiben könnte.

Eine erste Verbindung ist schon geplant: Die „Alegro“-Stromtrasse zwischen Niederzier-Oberzier und dem belgischen Lixhe mit 1000 Megawatt (MW) Leistung soll Ende 2020 in Betrieb genommen werden. Die Erdkabel-Trasse soll quer durch unsere Region führen und nahe dem Übergang Aachen-Lichtenbusch an der A 44 die Grenze passieren. Die zweite Trasse solle weiter südlich verlaufen, sagt Kleinekorte.

Eine zweite Verbindung, die Kleinekorte zunächst als „Alegro 2“ bezeichnet, könne mit „viel politischem Willen“ 2023, spätestens aber 2025 realisierbar sein.

Dass der politische Wille nicht nur auf deutscher, sondern auch auf belgischer Seite vorangetrieben wird, ist auch ein zentrales Anliegen des Aachener Landtagsabgeordneten Karl Schultheis (SPD). Er

Er setzt sich für die Versorgungssicherheit Belgiens ein: der SPD-Landtagsabgeordnete Karl Schultheis. Foto: Andreas Steindl.

hatte bereits im Juli vergangenen Jahres begonnen, für eine „Versorgungsbündnisallianz“ zu werben. Die Sorgen der belgischen Bevölkerung vor einer Stromknappheit seien verständlich. Nur wenn diese Bedenken aus dem Weg geräumt seien, könne Belgien den Atomausstieg tatsächlich umsetzen. Sein Antrieb ist die Sorge vor der Unsicherheit der Meiler Tihange 2 und Doel 3, in deren Reaktordruckbehälter sich Tausende Risse befinden.

Geplant ist der Atomausstieg für 2025, allerdings gibt es erste Parteien in Belgien, die die Machbarkeit angesichts eines drohenden Blackouts anzweifeln. Tatsächlich müssten bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden, um den Ausstieg tatsächlich zu schaffen. Das ist das Ergebnis einer im Januar veröffentlichten Studie des Aachener Büros für

Energiewirtschaft und technische Planung (BET) und des Instituts für Elektrische Anlagen und Energiewirtschaft (IAEW) der RWTH Aachen im Auftrag des NRW-Umweltministeriums. Auch diese Studie kam zu dem Ergebnis, dass neben „Alegro“ eine zweite Verbindung zwingend notwendig sei.

Schultheis freut sich, dass die Studie seine These und seine Be-

mühungen untermauert. Der Abgeordnete hat die Sozialisten in Belgien mit ins Boot geholt und außerdem Gespräche mit den Netzbetreibern auf den Weg gebracht. „Es bringt nichts, mit erhobenem Zeigefinger den Belgiern zu sagen, wie sie ihre Energiepolitik zu gestalten haben“, sagt Schultheis. Nur der konstruktive Weg biete eine Lösung.

Brennelemente: Grüne kritisieren Laschet

Karl Schultheis kritisiert die Lieferung von Brennelementen aus einer Fabrik im niedersächsischen Lingen und aus Gronau für Tihange 2. Von Juni 2016 bis März 2017 wurden

68 Brennelemente nach Tihange geliefert. Das hatte Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) genehmigt. „Da hätte ich mir mehr Mut gewünscht“, sagt der SPD-Landtagsabgeordnete. Hendricks hätte es auf einen juristi-

schen Streit ankommen lassen müssen und die Lieferung stoppen sollen, sagt er.

Die Grünen kritisieren in diesem Zusammenhang den CDU-Spitzenkandidaten Armin Laschet. In einem Brief an Laschet fordern der Dürener Bundestagsabgeordnete Oliver Krischer und Sylvia-Kotting-Uhl (Grüne) ihn dazu auf, sich für einen Export-Stopp und ein Ende der Brennelemente-Produktion in NRW einzusetzen. Anja Weisberger von der CDU-Bundestagsfraktion hatte vergangene Woche im Bundestag davon gesprochen, dass ein Exportstopp „der falsche Weg“ sei.

